

Dossier für die Medienvertreter

anlässlich der Wahl des Bürgermeisters der Stadt Gummersbach am 13.09.2020

Gummersbach, den 14.02.2020

Zu der heutigen Medienkonferenz luden SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP ins Brauhaus.

Gemeinsam unterstützen die drei Parteien im Rahmen der Kommunalwahl am 13. September die Kandidatur des unabhängigen Bewerbers für das Bürgermeisteramt Thomas Hein. Die Vorstände der Parteien haben ihren zuständigen Organen empfohlen, diesem Vorschlag zu folgen. Die Sitzungen werden bis Mitte März alle stattgefunden haben. Bereits seit einiger Zeit fanden Gespräche über einen möglichen unabhängigen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters statt. Einig war man sich zunächst darüber, dass es demokratisch und wichtig ist, den Wählerinnen und Wählern eine tatsächliche Alternative für ihre Stimmabgabe zu geben.

Es musste ein Bewerber gefunden werden, der darüber hinaus die Befürworter der jeweiligen Parteien gleichermaßen anspricht. Kenntnisse der Gummersbacher Verhältnisse, seine Akzeptanz und die Kompetenz für ein solches Amt machen Thomas Hein zu einem idealen Kandidaten. Derzeit ist er Leiter des Fachbereichs Jugend, Familie und Soziales im Rathaus Gummersbach mit 165 Vollzeitstellen und ca. 220 Beschäftigten.

Heute wurden zunächst Kernthemen des Programmes von Thomas Hein angesprochen. Die Aufzählung der wichtigsten Themen hierunter bedeutet in der Reihenfolge keine Priorisierung:

Wohnen: Der leergefegte Wohnungsmarkt muss wieder in Gang gebracht werden. Der Stadt kommt dabei eine

wichtige Rolle zu. Der knapp bemessene Baugrund darf nicht zum Spielball für finanzkräftige Investoren werden. Bezahlbare Wohnungen für Familien und alte Menschen sind dringend nötig – auch barrierefreie. Es ist wichtig, Konzepte zu erarbeiten, die dies berücksichtigen.

Mobilität: Die Verbesserung vielfältiger Mobilitätsangebote ist ein zentrales Anliegen. Verbesserung der Verzahnung von ÖPNV, verbesserte Dorfverbindungen durch Ausbau von Radwegen und Alternativen zum motorisierten Verkehr, die auch Gummersbacher*innen ohne eigenen PKW zugute kommen, muss stärker in den Blick gekommen werden

Klima: Angesichts der Lage kann Gummersbach einen Teil zur Gesamtverantwortung beitragen, etwa durch energetische Sanierung von Gebäuden, Dachbegrünungen wo immer möglich, die Schaffung von günstigeren elektrischen Beleuchtungssystemen, z. B. über Bewegungsmelder gerade im öffentlichen Bereich und vieles mehr.

Bildung: Die außerschulische Bildung bedarf der Stärkung. Z. B. offener Ganztage und die Jugendarbeit könnten besser koordiniert werden. Das kommt dem Lernverhalten der Kinder entgegen. Die bisherige „Gießkannenförderung“ der offenen Ganztagsgrundschulen muss durch eine deutlich effizientere, gezielte Förderung der Schulen, die diese Hilfen benötigen, ersetzt werden.

Gesundheit: Der Ausbau von Präventionsketten soll gefördert werden, etwa durch Maßnahmen für gesündere Ernährung und Schaffung von mehr Anreizen für Bewegung sowohl in den Bildungseinrichtungen wie auch in den Stadtteilen.

Theater der Stadt Gummersbach: Der Erhalt des Theaters als Regionaltheater wird angestrebt, sofern die Fördermöglichkeiten und die Finanzen dies zulassen. Dabei ist eine interkommunale Zusammenarbeit wichtig.

Soziales: Die ambulante Hilfe für Bedürftige ist der stationären in jedem Fall vorzuziehen, zumal sie deutlich wirtschaftlicher ist. Ein unabhängiges Leben auch im Alter zu führen entspricht dem Wunsch sehr vieler Menschen. Es gilt in diesem Bereich noch mehr Hilfsmöglichkeiten zu schaffen, denn für die geburtenstarken Jahrgänge ist es unumgänglich schon heute entsprechende Lösungen zu denken und umzusetzen.

Gewerbe: Gewerbeflächen sind für alle Kommunen existenziell wichtig. Gedacht werden muss aber mehr in interkommunaler Zusammenarbeit, nicht in Konkurrenz zwischen den Kommunen. Wir können uns den derzeitigen Flächenverbrauch in diesem Sektor nicht mehr leisten. Mehrgeschossige Bauweise mit Parken, Verwaltung und ggf. auch Wohnen sind eine hervorragende Alternative. Auch kann ein effektiveres Verkehrsnetz erheblich dazu beitragen, weniger Parkflächen für Mitarbeiter zu benötigen.

Finanzen: Natürlich brauchen alle Konzepte eine Finanzierung. Es öffnen sich Handlungsspielräume, wenn über Bund und Land ein Schuldenschnitt für die kommunalen Kassenkredite erfolgen würde. Auch andere Finanzierungsmöglichkeiten, z. B. im Wohnungsbau über Genossenschaftsmodelle bieten sich an.

Viele Handlungsbedarfe im Bereich Bildung/Soziales müssen nicht zwangsläufig die Stadtkasse in großem Umfang belasten. Hier gibt es eine Vielzahl an Fördermitteln, die bislang in nicht ausreichendem Maß

angefordert werden. Auch hier streben wir eine verbesserte Zusammenarbeit, z.B. durch Kooperationsverbände mit Kirchen/Wohlfahrtsverbänden, eine strukturierte Planung bei der Beantragung sowie eine integrierte, strategische Sozialplanung an, die auch Sorgen und Nöte der Bürger*innen durch offene Formate in ihre Planung mit einbezieht. (z.B. zu Themen wie Wohnen im Alter). Förderungen im sozialen Bereich und die Möglichkeiten auf EU-Ebene sind bisher nicht ausreichend genutzt worden.

Kommunikation: Um alle diese Dinge umzusetzen, bedarf es einer Neuorientierung der Kommunikation. Zukunftswerkstätten einzelner Stadtteile und Bevölkerungsgruppen werden der Politik und Verwaltung zurarbeiten und die Bevölkerung wirksamer beteiligen.

Stadtteilbezogene Zukunftsbilder werden von allen Beteiligten –vor allem unter stärkerer Einbeziehung der Bewohner*innen aller Altersgruppen gemeinsam entwickelt und umgesetzt. Grundsätzlich wird die Kommunikation untereinander – sowohl im Rathaus als auch mit der Bevölkerung und der Politik-- einen deutlich stärkeren Raum einnehmen.

Sven Lichtmann
Vorsitzender

Gabi Müller
F. Lothar Winkelhoch
Sprecher

Gabriele Priesmeier
Vorsitzende

